



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Ordnung und Umweltangelegenheiten am 15.02.2018**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale),

Zeit: 17:00 Uhr bis 18:13 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Mitglieder:

Andreas Scholtyssek

Dr. Annegret Bergner

Eberhard Doege

Herr Gernot Töpfer

Dr. Erwin Bartsch

Josephine Jahn

Marion Krischok

Dr. Rüdiger Fikentscher

Gottfried Koehn

Wolfgang Aldag

Yvonne Winkler

David Horn

Hans-Jürgen Krause

Burkhard Lothholz

Andreas Müller

Frigga Schlüter-Gerboth

Stefan Schulz

Ausschussvorsitzender,

CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)

CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale),

Vertreterin für Herrn Bernstiel, Teilnahme bis
18:13 Uhr

CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)

CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)

Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)

Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)

Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)

SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)

SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)

Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen

Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM

Sachkundiger Einwohner

Sachkundiger Einwohner

Sachkundiger Einwohner

Sachkundiger Einwohner

Sachkundige Einwohnerin

Sachkundiger Einwohner

Verwaltung:

Dr. Bernd Wiegand

Judith Marquardt

Tobias Teschner

Steffen Johannemann

Daniel Zwick

Sarah Lange

Oberbürgermeister

Beigeordnete für Kultur und Sport

Leiter Fachbereich Sicherheit

Leiter Abteilung Umweltrecht

Leiter Dienstleistungszentrum Klimaschutz

stellvertretende Protokollführerin

Gäste:

Peter Kolbert

Leiter Projekt Elektromobilität, Stadtwerke Halle
(Saale) GmbH

Entschuldigt fehlten:

Christoph Bernstiel

Lars Juister

Werner Misch

CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)

Sachkundiger Einwohner

Sachkundiger Einwohner

zu **Einwohnerfragestunde**

zu **Herr Thomas zu Mobilfunktürmen**

Herr Thomas bezog sich auf den kommenden „Antrag zur Verbesserung des Schutzes der Bevölkerung vor kommunikationsinduzierter elektromagnetischer Strahlung“. Er berichtete, dass der Bund bereits in 5G-Technologie investiert. Dieses LTE-Netz ist aufgrund der verbesserten Geschwindigkeit und höheren Erreichbarkeit sehr attraktiv.

Er äußerte seine Bedenken zur wesentlichen Erhöhung der Strahlung und der massiven Zunahme der gesundheitsgefährdenden Belastung und fragte, ob die Verwaltung vorab mehr Forschung zu 5G betreiben könnte.

Herr Scholtyssek antwortete, dass die Verwaltung die Anregung aufnimmt.

zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Ordnung und Umweltangelegenheiten wurde von **Herrn Scholtyssek** eröffnet und geleitet. Er stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 **Feststellung der Tagesordnung**

Herr Scholtyssek informierte, dass der TOP 7.3 abgesetzt wird.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, sodass **Herr Scholtyssek** um Abstimmung der geänderten Tagesordnung bat.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

3. Genehmigung der Niederschrift vom 07.12.2017

4. Beschlussvorlagen
 - 4.1. Aufhebungssatzung der Gebührensatzung für den Rettungsdienstbereich Halle/Nördlicher Saalekreis
Vorlage: VI/2017/03618
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 5.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Förderung der Elektromobilität
Vorlage: VI/2017/03465
 - 5.1.1. Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Förderung der Elektromobilität - Vorlage: VI/2017/03465
Vorlage: VI/2017/03516
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
 - 6.1. Anfrage der Stadträtin Marion Krischok (DIE LINKE) für Bewerbungen für die Stelle SB Friedhofsentwicklungsplanung
Vorlage: VI/2018/03753
 - 6.2. Anfrage der Stadträtin Marion Krischok (DIE LINKE) zur Veröffentlichung des Grabstättenkataloges
Vorlage: VI/2018/03754
 - 6.3. Anfrage der Stadträtin Marion Krischok (DIE LINKE) zur Berichterstattung zu den Mängeln an Feuerwehrrhäusern
Vorlage: VI/2018/03755
 - 6.4. Anfrage der Stadträtin Marion Krischok (DIE LINKE) zur Ausschreibung von Personalstellen
Vorlage: VI/2018/03756
7. Mitteilungen
 - 7.1. Baumfällliste
 - 7.2. Konzept zur Pflege und Unterhaltung der Hochwassermarken im Stadtgebiet Halle (Saale)
Vorlage: VI/2017/03593
 - 7.3. Vorbereitung der neuen Abfall-und Gebührensatzung 2019/2020 → **abgesetzt**
 - 7.4. Sachstand Grabpatenschaften
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 07.12.2017

Es gab keine Anmerkungen zur Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 7. Dezember 2017, sodass **Herr Scholtyssek** um Abstimmung bat.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

zu 4 Beschlussvorlagen

**zu 4.1 Aufhebungssatzung der Gebührensatzung für den Rettungsdienstbereich Halle/Nördlicher Saalekreis
Vorlage: VI/2017/03618**

Herr Teschner führte in die Vorlage der Verwaltung ein und begründete diese.

Herr Doege fragte, ob es üblich ist, dass privatrechtliche Entgelte auch durch die Stadtverwaltung erhoben werden.

Herr Teschner antwortete, dass eine Leistungsvereinbarung mit den Kostenträgern zu den Leistungsentgelten getroffen wurde.

Herr Doege fragte, wie bei Privatversicherten abgerechnet wird.

Herr Teschner antwortete, dass die Rechnung direkt an den Patienten gerichtet wird, dabei stellt der ITW eine Ausnahme dar, für den es eine gesonderte Gebührensatzung gibt.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, sodass **Herr Scholtyssek** um Abstimmung der Vorlage bat.

Abstimmungsergebnis SKE: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis SR: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt die Satzung zur Aufhebung der Gebührensatzung für den Rettungsdienstbereich Halle/Nördlicher Saalekreis vom 27.02.2008, zuletzt geändert durch die 5. Änderungssatzung zur Gebührensatzung für den Rettungsdienstbereich Halle/Nördlicher Saalekreis vom 24.06.2015, gemäß beiliegender Anlage.

Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 5

zu 5.1 **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Förderung der Elektromobilität**
Vorlage: VI/2017/03465

zu 5.1.1 **Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Förderung der Elektromobilität - Vorlage: VI/2017/03465**
Vorlage: VI/2017/03516

In Abstimmung mit den Ausschussmitgliedern wurde Herrn Kolbert das Rederecht erteilt.

Herr Aldag brachte den Antrag seiner Fraktion ein und begründete diesen.

Frau Krischok sagte, dass der Beschlussvorschlag des Änderungsantrages ihrer Fraktion in den Antrag übernommen wurde und zog den Änderungsantrag im Namen der Fraktion zurück.

TOP 5.1.1:

Abstimmungsergebnis: **zurückgezogen**

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, bis zum Ende des II. Quartals 2018 in Zusammenarbeit mit der Stadtwerke Halle GmbH **und den städtischen Wohnungsgesellschaften** ein zeitlich untersetztes Maßnahmenkonzept zur Förderung der Elektromobilität in der Stadt Halle zu erarbeiten und dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Herr Zwick berichtete anhand einer Präsentation über die gemeinsamen Aktivitäten der Stadt Halle (Saale) und der Stadtwerke zur Förderung der Elektromobilität.

Anmerkung: Die Präsentation ist in Session hinterlegt.

Herr Kolbert ergänzte die Aussagen von Herrn Zwick und empfahl die Ablehnung des Antrages.

Herr Koehn fragte, inwieweit das städtische Netzwerk mit eingebunden ist.

Herr Zwick antwortete, dass Unternehmen bei ihren Aktivitäten unterstützt werden, beispielhaft nannte er die Entwicklung im Lutherviertel. Hier wurde das Thema Elektromobilität auf Quartiersebene mitbetrachtet, sodass den Bewohnern eine Ladesäule zur Verfügung steht und Carsharing genutzt werden kann. Weiterhin ist angedacht, eine Ausleihstation für Elektrofahrräder zu errichten.

Frau Schlüter-Gerboth regte an, die Ladesäulen nicht ausschließlich im innerstädtischen Bereich zu installieren.

Herr Zwick sagte, dass dies im Zusammenhang mit der Nachfrage nach Lademöglichkeiten betrachtet werden muss. Aktuell sei keine Nachfrage in anderen Stadtteilen bekannt, sodass die Erweiterung aus betriebswirtschaftlicher Sicht nicht tragbar ist.

Herr Kolbert ergänzte, dass sich das Netz entwickeln wird und mögliche Lücken fortlaufend geschlossen werden.

Herr Aldag bedankte sich für die Präsentation und erklärte, dass durch den Antrag eine konzeptionelle Vorstellung geschaffen werden soll, wie künftig die Thematik umgesetzt wird. Ein Aspekt sei der Umbau der Straßenlaternen, sodass auch hier Ladevorgänge möglich seien.

Herr Scholtyssek sagte, dass diese Aspekte im Antrag hätten stehen sollen. Er fragte, wie hoch der Aufwand ist, neue Ladesäulen zu installieren.

Herr Kolbert antwortete, dass sich halesche Laternen dazu nicht eignen, da sie über ein serielles System verfügen, welches bei Abschaltung stromlos ist.

Des Weiteren gibt es unterschiedliche Möglichkeiten der Ladestationen. Bei Wallboxen und verlängerten Steckdosen belaufen sich die Kosten auf circa 1.000 Euro, bei einer Schnellladestation zwischen 60.000 und 80.000 Euro.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, sodass **Herr Scholtyssek** um Abstimmung des geänderten Antrages bat.

Abstimmungsergebnis SKE: mit Patt abgelehnt

Abstimmungsergebnis SR: mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, bis zum Ende des II. **IV.** Quartals 2018 in Zusammenarbeit mit der Stadtwerke Halle GmbH und ~~den städtischen Wohnungsgesellschaften~~ **dem Netzwerk Stadtentwicklung** ein zeitlich untersetztes Maßnahmenkonzept zur Förderung der Elektromobilität in der Stadt Halle zu erarbeiten und dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen.

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

**zu 6.1 Anfrage der Stadträtin Marion Krischok (DIE LINKE) für Bewerbungen für die Stelle SB Friedhofsentwicklungsplanung
Vorlage: VI/2018/03753**

Herr Scholtyssek sagte, dass die Antwort der Verwaltung in Session hinterlegt ist.

Frau Krischok fragte, wann eine Besetzung der Stelle erfolgt und ob eine Befristung von einem Jahr ausreichend ist.

Herr Johannemann antwortete, dass derzeit die Vorstellungsgespräche stattfinden und die Befristung eventuell verlängert wird.

Die Antwort wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 6.2 Anfrage der Stadträtin Marion Krischok (DIE LINKE) zur Veröffentlichung
des Grabstättenkataloges
Vorlage: VI/2018/03754**

Herr Scholtyssek sagte, dass die Antwort der Verwaltung in Session hinterlegt ist.

Frau Krischok regte an, weitere Grabstätten für Patenschaften anzubieten.

Die Antwort wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 6.3 Anfrage der Stadträtin Marion Krischok (DIE LINKE) zur Berichterstattung
zu den Mängeln an Feuerwehrrhäusern
Vorlage: VI/2018/03755**

Herr Scholtyssek sagte, dass die Antwort der Verwaltung in Session hinterlegt ist.

Die Antwort wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 6.4 Anfrage der Stadträtin Marion Krischok (DIE LINKE) zur Ausschreibung von
Personalstellen
Vorlage: VI/2018/03756**

Herr Scholtyssek sagte, dass die Antwort der Verwaltung in Session hinterlegt ist und regte eine schnelle Besetzung der Stellen im Ordnungsamt an.

Die Antwort wurde zur Kenntnis genommen.

zu 7 **Mitteilungen**

zu 7.1 **Baumfällliste**

Herr Scholtyssek verwies auf die in Session hinterlegte Baumfällliste.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

zu 7.2 **Konzept zur Pflege und Unterhaltung der Hochwassermarken im Stadtgebiet Halle (Saale) Vorlage: VI/2017/03593**

Frau Dr. Marquardt verwies auf die Informationsvorlage.

Herr Koehn merkte an, dass bei verschiedenen Hochwassermarken die Bezifferungen fehlen und bat um eine Überprüfung.

Frau Dr. Marquardt sagte, dass sich nur zwei Standorte im städtischen Eigentum befinden. Die privaten Eigentümer werden gebeten, die fehlenden Hochwassermarken zu ergänzen.

Herr Scholtyssek bedankte sich für die Erstellung des Konzeptes.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

zu 7.4 **Sachstand Grabpatenschaften**

Herr Johannemann informierte, dass ein Exemplar des Grabpatenschaftskataloges an die Fraktionen übergeben wird, welcher auch über www.halle.de und www.friedhofskultur-halle.de eingesehen werden kann.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

zu 7.5 Information zu einer neuen 30er Zone

Herr Teschner informierte, dass der Bereich um die Südstraße, die in nördlicher Richtung begrenzt wird durch die Willy-Brandt-Straße, im Osten durch die Turmstraße, im Süden durch die Kleingartenanlage an der Johanneskirche und im Westen durch die Liebenauer Straße, als 30er Zone ausgewiesen werden soll. Die Umsetzung soll im August erfolgen.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 8.1 Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum TOP 7.1

Frau Schlüter-Gerboth fragte, auf welcher Grundlage und welcher Planung die Bäume gefällt werden, wie der Stadtrat an diesen Planungen beteiligt wurde und wann dem Stadtrat ein Baubeschluss zum Knoten Heideallee/Weinbergweg vorgelegt wird.

Herr Johannemann antwortete, dass die Grundlage für die gestellten Fällanträge die Maßnahmen des Stadtbahnprogramms Gimritzer Damm und Heideallee sind. Der Stadtrat hat hierzu im Oktober 2013 über den vereinfachten Gestaltungsbeschluss entschieden. Weitere Beteiligungen erfolgten in den Sitzungen des Planungsausschusses im Oktober und November 2014. Für Maßnahmen des Stadtbahnprogramms erfolgt kein gesonderter Baubeschluss durch den Stadtrat.

Frau Schlüter-Gerboth fragte, welchen Schutzstatus die für die Fällung vorgesehenen Bäume in der Heideallee haben, ob Eingriffe in das Naturdenkmal Heideallee stattfinden und welche Institutionen vor Erteilung der Fällgenehmigung gehört werden müssen. Weiterhin fragte sie, wie das Ergebnis dieser Beteiligung ist und wo sich das Ergebnis der Beteiligung einsehen lässt.

Herr Johannemann antwortete, dass die Platanen in der Heideallee als Naturdenkmal „Platanenallee“ unter Schutz stehen und auch nach Naturschutzgesetz eine geschützte Allee sind. Im Bereich des Naturdenkmals sind 30 Platanen zur Fällung beantragt. Für das Vorhaben im Bereich des Naturdenkmals ist eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) erforderlich. Die Unterlagen zur UVP werden gemäß Mitteilung im Amtsblatt vom 28.02. bis 27.03.2018 im Fachbereich Umwelt öffentlich ausgelegt. Die Frist zur Abgabe von Stellungnahmen läuft dann noch einen Monat, das heißt bis zum 27.04.2018. Parallel werden die Träger öffentlicher Belange und zuständige Behörden beteiligt.

Frau Schlüter-Gerboth fragte, wie der Zustand der Bäume beurteilt wird und welche Ersatzmaßnahmen wann an welcher Stelle stattfinden sollen.

Herr Johannemann antwortete, dass die 30 Bäume zur Fällung beantragt sind. Im Bereich des Naturdenkmals sollen 32 Platanen neu gepflanzt werden. Darüber hinaus sollen entlang der Maßnahme im Bereich Gimritzer Damm 227 Bäume als Allee neu gesetzt werden.

zu 8.2 Herr Töpfer zur "Friedhofskreuzung" der B80

Herr Töpfer fragte aufgrund besorgter Anfragen von Bürgern im Zusammenhang mit dem Brückenbau an der so genannten „Friedhofskreuzung“ der B 80:

1. Welche aktuellen und belastbaren Verkehrszählungen ab 2015 gibt es für diesen Kreuzungsbereich an der B 80?
2. Wieviele Verkehrsunfälle wurden an dieser Kreuzung im Zeitraum 2015 bis 2017 polizeilich aufgenommen?
3. Gibt es seitens der Stadt bereits jetzt Überlegungen, auf die voraussehbare Steigerung des Durchgangsverkehrs in Nietleben (insbesondere Eislebener Straße) mit verkehrseinschränkenden Maßnahmen (schwere LKW) zu reagieren?

Herr Teschner sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 8.3 Herr Koehn zur Verkehrssituation an der Kreuzung Ernst-Grube-Straße/Weinbergweg/Kreuzvorwerk

Herr Koehn reichte eine schriftlich vorformulierte Nachfrage zur Verkehrssituation an der Kreuzung Ernst-Grube-Straße/Weinbergweg/Kreuzvorwerk ein.

„Die Stadtverwaltung hat im Dezember 2017 die Anfrage der SPD-Fraktion – zusammengefasst – so beantwortet, dass sie nach dem Abbau der Ampelanlage (Umleitungsstrecke Hochstraße) prüfen will, inwiefern es künftig sinnvoll ist, eine Lichtsignalanlage an dieser viel befahrenen Kreuzung zu installieren, um gerade auch Kindern (Schulweg etc.) und älteren Menschen eine sichere Querung der Kreuzung zu ermöglichen. Auch wenn die Sitzung des Stadtrates noch nicht lange her ist: Das Problem drängt (die Schule läuft bereits wieder) und der Oberbürgermeister dazu auch bereits ein Schreiben der Anwohnerschaft erhalten hat.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Stadtverwaltung:

1. Konnte die Stadtverwaltung bereits eine Prüfung vornehmen?
2. Wenn ja: Was ist der Ergebnis?
3. Wenn nein: Wann gedenkt die Stadtverwaltung, die Verkehrssituation vor Ort zu prüfen (Zeitplan)?“

Herr Teschner sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 8.4 Herr Koehn zu Sträuchern an der Magistrale

Herr Koehn berichtete, dass es im Bereich des Gimritzer Damms zur Auffahrt Magistrale, unterhalb der Unterführung, zu gefährlichen Verkehrssituationen kommt. Dort wachsen von links Sträucher in die linke Fahrbahn rein, sodass die Fahrzeuge ausweichen müssen. Er fragte, ob diese Gefahrensituation bekannt ist und wann die Beseitigung erfolgt.

Herr Johannemann sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 8.5 Herr Doege zu Tempo-30-Beschränkungen

Herr Doege berichtete, dass laut einem Presseartikel bis Ende Januar beim Landesverwaltungsamt 42 Anträge für eine Tempo-30-Beschränkung gestellt wurden, obwohl eine Antragstellung in der Zuständigkeit des Oberbürgermeisters liegt.

Herr Teschner antwortete, dass die Stadt Halle (Saale) im übertragenen Wirkungskreis handelt und keine Anträge der Stadt Halle (Saale) beim Landesverwaltungsamt eingereicht wurden, da die Anordnung einer Tempo-30-Beschränkung durch die Stadt selbst erfolgt. Der Presseartikel ist sachlich nicht korrekt.

zu 8.6 Frau Krischok zum Technischen Hilfswerk

Frau Krischok berichtete, dass beim Neujahresempfang des Technischen Hilfswerks (THW) informiert wurde, dass viele Städte eine Vereinbarung mit der Stadtverwaltung getroffen haben und fragte, ob es auch in Halle eine solche Vereinbarung geben wird.

Herr Teschner sagte, dass die Inhalte der Vereinbarung nicht bekannt sind. Dazu wurden detaillierte Informationen abgefragt; die Ergebnisse stehen noch aus.

Frau Krischok bat, die Ausschussmitglieder über das Ergebnis zu informieren.

zu 8.7 Frau Krischok zur Marktsatzung

Frau Krischok fragte, wie viele Stände derzeit dauerhaft auf den drei Märkten sind.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 8.8 Frau Winkler zu Geschwindigkeitskontrollen

Frau Winkler fragte, ob Geschwindigkeitsmessungen in den Tempo-30-Zonen, vor allem in der Geiststraße und August- Bebel-Straße durchgeführt werden.

Herr Teschner sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 8.9 Frau Schlüter-Gerboth zum Zoo

Frau Schlüter-Gerboth fragte, ob die Tiere im Zoo durch die Lichter im Rahmen der Veranstaltung „Magische Lichterwelten“ beeinträchtigt werden.

Herr Johannemann sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 9 Anregungen

zu 9.1 Frau Krischok zu Dienstzeiten

Frau Krischok regte an, eine Übersicht zu den Dienstzeiten u. a. im Ordnungsbereich zu erstellen und diese den Ausschussmitgliedern zur Verfügung zu stellen.

Herr Teschner sicherte eine Beantwortung im Stadtrat zu, da dort ein Antrag zu den Dienstzeiten gestellt wurde.

zu 9.2 Herr Müller zur Hordorfer Straße

Herr Müller übermittelte den Dank einer Bürgerin der Hordorfer Straße. Dort wurde die Beleuchtung der Straße verbessert.

zu 9.3 Herr Koehn zum Tierschutz

Herr Koehn regte an, dass der Antrag zum Tierschutz im nächsten Ausschuss behandelt werden sollte, da dieser im Sozial-, Gleichstellung- und Gesundheitsausschuss wegen Nichtzuständigkeit von der Tagesordnung abgesetzt wurde.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass der Tierschutz zum Veterinärbereich gehört und nicht in der Zuständigkeit des Ausschusses für Ordnung und Umweltangelegenheiten liegt. Eine Prüfung der Zuständigkeit erfolgt.

Herr Scholtyssek beendete die öffentliche Sitzung und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Andreas Scholtyssek
Ausschussvorsitzender

Sarah Lange
stellvertretende Protokollführerin